



Asien-Newsletter

30. April 2016

Inhaltverzeichnis		Seite
<i>China</i>	<i>Zensur für Panama Papers</i>	1
	<i>Pekings Sicherheitsapparat agiert grenzüberschreitend</i>	2
<i>Japan</i>	<i>Japans Wirtschaft öffnet sich</i>	2
<i>Südkorea</i>	<i>Überraschung bei Parlamentswahl in Südkorea</i>	2
<i>Indien</i>	<i>Rechtsruck der indischen Demokratie</i>	3

China

Zensur für Panama Papers

Die Panama Papers, für Politiker weltweit eine peinliche Sache, sind dürfen in China aufgrund scharfer Zensur nicht erwähnt werden. Damit wissen die wenigsten Chinesen von den Enthüllungen. Drei der sieben Männer im obersten Gremium der KP, dem Ständigen Ausschuss des Politbüros, darunter auch Staatschef Xi Jinping, sollen Verwandte mit Verbindungen zu Offshore-Firmen haben, es besteht der Verdacht auf Verschleierung großer Vermögen. Das Thema ist hochbrisant, denn die Kanzlei Mossack Fonseca, von der die Panama Papers stammen, hat in China sieben Vertretungen und eine in Hongkong. In China ist die Gründung von Offshore-Firmen zwar nicht illegal, aber wenn der Staatschef die Bekämpfung von Korruption und Willkür der Parteikader als wichtiges Ziel erklärt, macht es einen schlechten Eindruck. Bereits 2012 wurde bekannt, dass Verwandte von Xi angeblich ein Vermögen von 376 Millionen Dollar besitzen. Auch im ehemaligen Ständigen Ausschuss 2007 - 2012 sollen Verwandte

und Freunde von Mitgliedern Verbindungen zu Briefkastenfirmen gehabt haben.

Es ist bekannt, dass viele reiche Chinesen ihr Geld ins Ausland schaffen. Viele Vermögen entstanden durch den Börsengang chinesischer Staatsunternehmen, die fast nur hohe Parteifunktionäre kontrollieren. Allein 2015 flossen 750 Milliarden US-Dollar ins Ausland. Ein Grund dafür ist die fehlende Rechtssicherheit. Zurzeit versuchen viele Prominente, die Spuren alter Geschäfte zu verwischen, auch Verwandte des Parteichefs verkauften zu Beginn der Korruptionskampagne Vermögen; Xi als Initiator muss unangreifbar sein. Da die Strafverfolgung von Familienmitgliedern, gerade in Einparteiensstaaten, unwahrscheinlich ist, kann ein Konzept der Korruptionsbekämpfung nie wirklich gelingen. Lediglich eine unabhängige Justiz könnte effektiv durchgreifen, aber die KP wird ihre absolute Machtherrschaft kaum selbst einschränken.

Quelle: Zeit, 07.04.2016

Pekings Sicherheitsapparat agiert grenzüberschreitend

Chinas Sicherheitsapparat verhaftet vermehrt Menschen, die nicht Bürger Chinas sind, sogar wenn sie sich im Ausland befinden. Das passierte einem Hongkonger Verleger, einem Schweden in Thailand und nun 45 Taiwanern in Kenia. Mit Hilfe der kenianischen Behörden wurden sie nach China ausgeflogen und dort verhaftet. Ihnen wird Telefonbetrug in Milliardenhöhe von Kenia aus vorgeworfen, die meisten Opfer seien Bürger Chinas. Taiwan ist entsetzt und spricht von illegalem Kidnapping. 15 der jetzt inhaftierten Taiwaner waren bereits von einem kenianischen Gericht freigesprochen worden. Peking beruft sich aber auf das „Ein-China-Prinzip“, Grundlage eines Konsensus.

von 1992, der besagt, dass es nur „ein China“ gebe. Der bisherige taiwanische Präsident betriebe die Annäherung an Festlandchina. Seine Ablösung durch die neue Präsidentin Tsai Ying-wen, die eine größere Distanz zu China ankündigte, war wohl ein Anlass für das drastische Vorgehen. Taiwans Misstrauen gegenüber Peking scheint sich zu bestätigen, zumal es für Vorfälle wie in Kenia seit 2009 ein Abkommen zwischen China und Taiwan zur Verbrechensbekämpfung gibt. Pekings vertritt die Ansicht, Taiwan solle rationaler reagieren und an die Opfer des Betrugs denken.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 15.04.2016

Japan

Japans Wirtschaft öffnet sich

Der taiwanische Apple Zulieferer Foxconn übernimmt mit drei Milliarden Euro die Aktienmehrheit im japanischen Traditionsunternehmen Sharp. Der ursprüngliche Kaufpreis wurde um 800 Millionen Euro gesenkt, da die Verluste von Sharp bis Ende März mit 1,3 Milliarden Euro deutlich höher ausfielen. Mit dem Kauf kontrollieren die Taiwaner zwei Drittel an dem japanischen Unternehmen. Sharp zählt zu den Pionieren in der Herstellung von LCD Bildschirmen, konnte sich aber in den letzten Jahren beim Bau von Bildschirmen für Fernseher und Smartphones, dem Druck der Konkurrenz aus Korea und China nicht erfolgreich erwehren. Mit dem Kauf von Sharp kann sich Foxconn als

wichtigster Apple-Zulieferer etablieren und im Konkurrenzkampf mit dem südkoreanischen Mitbewerber Samsung besser bestehen. Mit dem neuartigen Oled Display, soll Sharp ab 2018 in die Massenproduktion gehen und es ist davon auszugehen, daß Apple die neue Technik in seinen iPhones mit Produktionsbeginn einsetzen wird. Japanische Experten haben den von der japanischen Regierung unterstützten „Innovation Network Corporation of Japan Fond“, als Favoriten beim Übernahmekampf mit Foxconn um Sharp angesehen. Durch Reformen versucht Regierungschef Shinzo Abe jedoch ausländische Investoren zu gewinnen, um Japan auf erneuten Wachstumskurs zu bringen.

Quelle: Zeit, 30.03.2016

Südkorea

Überraschung bei Parlamentswahl in Südkorea

Südkoreas Präsidentin Park Geun Hye verlor mit Ihrer konservativen Seanuri Partei unerwartet die Position als stärkste Fraktion mit 122 von 300 Sitzen. Der oppositionellen demokratischen Partei, auch Minjoo oder MPK genannt, konnte trotz schlechter Wahlprognosen mit 123 Sitzen knapp das Rennen für sich entscheiden. Die kürzlich gegründete Volkspartei konnte es mit 38 Sitzen in Fraktionsstärke als dritte Partei ins Parlament einziehen. Seit 16 Jahren verlor eine Regierungspartei die Mehrheit. Gründe für das Scheitern liegen an der Wirtschaftsflaute, Jugendarbeitslosigkeit und den

Querelen innerhalb der Regierungspartei. Für Park Geun Hye wird es zunehmend schwieriger Ihre Ziele im Parlament durchzusetzen. Die geplante Liberalisierung des Arbeitsmarktes ist nach dem Verlust der Mehrheit in Frage gestellt. Ihre Amtszeit bis zum Februar 2018 steht nun unter erschwerten Bedingungen. Die Wahl als Test für die Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr zu Grunde zu legen, ist somit für Frau Park gescheitert. Sie selbst kann nicht erneut kandidieren, aber Ihre Partei muss sich neu aufstellen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 14.04.2016

Indien

Rechtsruck der indischen Demokratie

In der größten Demokratie der Welt attackieren zurzeit nationalistische Kräfte kritische Bürger. Wer als unpatriotisch abgestempelt wird, bekommt schon mal Prügel. Intellektuelle fürchten um den Geist der Demokratie und um das Recht, unbequeme Meinungen zu äußern. Kürzlich wurde der Studentenfürer Kumar einer links gerichteten Universität verhaftet, ihm werden Aufwiegelung und anti-indische Aktivitäten vorgeworfen. Die Vorwürfe werden kaum für eine Verurteilung reichen, doch die universitäre Freiheit gerät weiter unter Druck. Die Unruhen begannen 2013 mit der umstrittenen Hinrichtung eines Mannes, der am islamistischen Anschlag auf das Parlament beteiligt gewesen sein soll. Die Mehrheit der indischen Mittelklasse begrüßt das staatliche Vorgehen, differenzierte Sichtweisen sind immer weniger

gefragt, Kritik am Staat ist unerwünscht. Die Führerin des indischen Bildungsressorts unter Premier Modi warnte, Beleidigungen gegenüber Mutter Indien werde man nicht dulden. Rechte Kräfte fühlen sich ermutigt, den Druck auf linke Gegner zu erhöhen. Die Festnahme des Studentenfürers Kumar verursachte Demonstrationen und Proteste an 40 Universitäten. Akademische Kreise befürchten eine Beschneidung der freien Meinungsäußerung und eine verstärkte Einflussnahme auf Lehre und Forschung, um z. B. hindu-nationalistische Auslegungen in Politik- und Geschichtswissenschaften durchzusetzen. Die Intoleranz wächst, vor allem gegenüber anti-indischen Einstellungen, welche nun plötzlich den Straftatbestand der Aufwiegelung erhalten.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 19.02.2016



Redaktion: Ulli Jenisch, Georg Jaumann

Kostenlose Abonnement : newsletter@huang-jaumann.de

Huang+Jaumann Wirtschaftsbüro
Bauerntanzgässchen 1, D- 86150 Augsburg
Fon: 49-821-31 99 840
Email. info@huang-jaumann.de
Web. www.huang-jaumann.de

Leistungen:

- * Interkulturelles Training - Asien
- * Beratung zu Geschäftsdiplomatie und Projektmanagement in China und Taiwan